

Bräuereiarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in der Getränke-Industrie
Publikationsorgan des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 M., unter Kreuzband 2,70 M.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Lichtenberg-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schicklerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsheftige Kolonelleile 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Unser Verband im Jahre 1909.

Mitgliederbewegung.

Eines der schwersten Jahre, soweit äußere Einwirkungen hemmend die Entwicklung der Organisation beeinflussen, war für unseren Verband das Jahr 1909. Die wirtschaftliche Depression hatte von ihrer Festigkeit noch nichts eingebeugt und die Verteuerung der Lebensmittel wuchs zu erschreckender Höhe. Erklärlich, daß darunter der Bierkonsum erheblich litt und die Arbeitskräfte in der Brauindustrie reduziert wurden. Da die Wirkungen des Minderkonsums sich in überwiegender Weise in den Industriezentren geltend machen, wo auch das Gros der organisierten Bräuereiarbeiter zu finden ist, so war die Abnahme des Bierkonsums und die Reduzierung der Arbeitskräfte in der Brauindustrie gleichbedeutend mit einer Verminderung der Zahl der Organisationsangehörigen. Weiter kam, beginnend im Sommer, die Bierpreisbewegung im Gebiet der norddeutschen Brauereigemeinschaft, und dann auch in Elb- und Ostpreußen, als Folge der immensen Brausteuererhöhung. Der Rückgang des Konsums war, veranlaßt durch die Bierpreisbewegung, teilweise ein ganz enormer. Wenn es auch dem Bräuereiarbeiterverband gelungen ist, durch Vereinbarungen mit den Unternehmerorganisationen Entlassungen von Arbeitern möglichst zu verhindern, so ist dies doch nicht ganz ausgeblieben, und namentlich verloren eine ganze Anzahl Kollegen ihre Stellen infolge Stilllegung von Betrieben, deren Bankrott die Reichsfinanzreformer auf dem Gewissen haben.

Wenn trotz alledem unser Verband am Jahreschluß noch eine Zunahme an Mitgliedern gegenüber 1908 aufzuweisen hat, so spricht das wohl zur Genüge für die gesunde Basis unserer Organisation. Die Mitgliederzahl betrug:

	am Jahreschluß	im Jahresdurchschnitt
1908	83 279	83 412
1909	85 896	83 474
mehr 1909	2 617	2 62

Die wirtschaftliche Krise haben wir also verhältnismäßig zufriedenstellend überwunden, auch die Finanzkrise, das heißt die kolossalen Erschwernisse, die uns die Reichsfinanzreform brachte. Als hinführender Vorschlag kommen nun noch für das laufende Jahr die Folgen der Biersteuererhöhung in Bayern, Baden und Württemberg nach, namentlich in Bayern und Baden; doch hoffen wir, auch diese ohne erhebliche Schädigung unserer Organisation zu überwinden.

Wenn uns so im vorigen Jahre Fesseln angelegt waren und die Organisation so gut wie stagnierte, so werden unsere Mitglieder sich der Pflicht bewußt sein, daß wir in diesem Jahre mit doppeltem Eifer das nachzuholen haben, was im vorigen Jahre durch die Ungunst der Verhältnisse zu erzielen, nicht gelang. Und es muß gelingen, trotz der Schwierigkeiten, die noch in Bayern und Baden zu überwinden sind, wenn jeder seine Pflicht tut. Der Anfang im ersten Quartal ist erfolgsversprechend. Wird die Agitation noch forciert und tut ein jeder Kollege sein Möglichstes, um die unserer Organisation fernstehenden Kollegen zu gewinnen, dann werden wir am Schluß des Jahres den 40 000 sehr nahe gerückt sein.

Also alle Kräfte angepannt!

Die Finanzen.

Entsprechend der nur geringen Zunahme an Mitgliedern haben sich auch die Einnahmen des Verbandes nicht wesentlich gegen das Vorjahr erhöht. Die Ausgaben sind dagegen größer geworden und zwar hauptsächlich durch größere Summen für Unterstützungen aller Art, nur die Streikunterstützung ist nicht wesentlich höher geworden: circa 9000 M. Einnahmen und Ausgaben in den Lokalkassen erscheinen geringer wie voriges Jahr. Das liegt daran, weil die Zahlstellen nicht alle und nicht gleichmäßig berichtet. Auch in diesem Jahre haben nur 140 Zahlstellen über ihre Lokalkassenverhältnisse berichtet. Eine jede Zahlstelle sollte über ihre Lokalkassenverhältnisse berichten, um ein vollständiges Bild zu bekommen. Die Zahlen sind folgende:

	1908	1909
Einnahmen der Hauptkasse	734 613,50 M. (749 964,83 M.)	
„ „ Lokalkassen	110 896,— „ (127 283,75 „)	
Zusammen	845 509,50 M. (877 248,58 M.)	
Ausgaben der Hauptkasse	602 666,— M. (587 532,56 M.)	
„ „ Lokalkassen	90 751,70 „ (98 041,92 „)	
Zusammen	693 417,70 M. (685 574,48 M.)	
Ueberschuß der Hauptkasse	181 947,50 M. (212 431,77 M.)	
„ „ Lokalkassen	20 254,30 „ (34 246,83 „)	
Zusammen	202 201,80 M. (246 678,60 M.)	

Kassenbestand am Jahreschluß.

	1908	1909
In der Hauptkasse	770 590,40 M. (593 622,49 M.)	
„ den Bezirken	4 217,96 „	
„ Zahlstellen	129 891,76 „ (111 974,37 „)	
Zusammen	904 699,12 M. (706 617,35 M.)	

Nach dem Jahresdurchschnitt der Mitglieder für 1909 (83 474 M.) gerechnet, entfällt auf pro Mitglied 27,01 M. (1908: 20,09 M.).

Dieser günstiger gewordene Kassenbestand darf uns aber nicht veranlassen, Maßnahmen zu treffen, die eine Schwächung der Kasse herbeiführen würden; im Gegenteil, die gegenwärtigen Kassenver-

hältnisse sind durchaus noch keine befriedigenden, und im Interesse der Mitglieder liegt es, die Kasse noch mehr zu stärken. Der gegenwärtige wirtschaftliche Kampf im Baugewerbe, der in der Hauptsache zur Erhaltung der Grundrechte der Arbeiter geführt werden muß, zeigt uns die Notwendigkeit einer gesunden Kassenpolitik. Zu einer schlagfertigen Armee gehört ein guter Kriegsfonds, fehlt es daran, dann hat die Armee nur einen problematischen Wert, während andererseits schon allein ein guter Kampffonds das Entgegenkommen der Unternehmer bewirkt und Kämpfe verhindert. Ein guter Kriegsfonds hat also die Eigenschaft, nicht nur sichere Erfolge zu erzielen, sondern auch Ersparnisse zu machen, und das dürfen die Mitglieder einer modernen Organisation, die weitblickend sein sollen, nicht übersehen.

Unterstützungen.

Die Unterstützungen sind, wie schon bemerkt, gegen das Vorjahr wesentlich gestiegen. Es wurden ausgezahlt:

	1908	1909
Krankunterstützung	127 555,10 M. (111 921,40 M.)	
Arbeitslosenunterstützung	55 349,30 „ (46 545,90 „)	
Sterbegehalt	13 413,75 „ (11 615,50 „)	
An Gemahlsunterstützung	7 855,89 „ (9 190,70 „)	
In Notfällen	5 772,55 „ (9 231,85 „)	
Zusolge der Brausteuererhöhung	14 884,75 „	
Umgangskosten	1 100,— „ (1 391,— „)	
Rechtschutz	8 046,38 „ (9 491,28 „)	
Streits im Beruf	49 478,03 „	
Für andere Streits	8 340,— „ (43 845,55 „)	
Zusammen	286 276,85 M. (243 238,18 M.)	

Dazu Unterstützung in den Lokalkassen 21 142,37 M.
Zusammen 307 419,22 M.

Diese Summen zeigen, daß die Kollegen wohl daran tun, sich dem Bräuereiarbeiterverband anzuschließen, der ihnen nicht nur ihren wirtschaftlichen Lohn verbessert, sondern ihnen auch in allen Notlagen helfend zur Seite steht.

Umfang und Ausgang der Lohnbewegungen.

Lohnbewegungen in Betrieben im Jahre 1909 beendet:

	Bewegungen in Betrieben	in Betrieben mit Personen
durch Verhandlungen	205	175
durch Streiks	20	19
zusammen	225	194

Der Ausgang dieser Bewegungen war:

	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
bei Verhandlungen	155	50	—
bei Streiks	15	3	2
zusammen	170	53	2

Von den gesamten beendigten Bewegungen entfallen auf die einzelnen Betriebsarten:

	Bewegungen in Betrieben	in Betrieben mit Personen
Bräuereien	174	147
Mälzereien	20	18
Bierniederlagen	17	16
Brennereien	12	11
andere Betriebe	2	2
zusammen	225	194

Der Ausgang der gesamten Bewegungen nach Betriebsarten war:

	Bewegungen in:	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
Bräuereien	174	44	—	—
Mälzereien	20	12	—	1
Bierniederlagen	17	13	—	—
Brennereien	12	9	—	1
andere Betriebe	2	—	—	—
zusammen	170	53	—	2

An den gesamten Lohnbewegungen waren beteiligt:

Bräuer, Mälzer, Böttcher, Brenner	4 887
Hilfsarbeiter	3 103
Fahrpersonal	2 981
Maschinenisten, Feiger, Handwerker	2 036
Flaschenkellerarbeiter und andere	1 611
zusammen	14 618

Streiks fanden statt:

Angriffsstreiks	21 mit 379 Personen
Abwehrstreiks	22 „ 688 „
Aussperrungen	1 „ 8 „
zusammen	44 mit 1080 Personen

Darvon waren: erfolgreich teilweise erfolgreich erfolglos
Angriffsstreiks 16 (806 Pers.) 1 (28 Pers.) 2 (18 Pers.)
Abwehrstreiks 14 (389 „) 3 (320 „) 2 (118 „)
Aussperrungen — — — 1 (8 „)

Unberichtigt blieben 4 Streiks mit 48 Personen.

Die Erfolge der Lohnbewegungen.

Die an den Verbesserungen teilnehmende Personenzahl. An den durch die gesamten Lohnbewegungen erzielten Verbesserungen war folgende Anzahl Personen beteiligt:

An Arbeitszeitverkürzung	9 596
„ Lohnerhöhungen	12 611
„ Höherbezahlung der Heberarbeit	10 102
„ „ Sonntagsarbeit	10 905
„ „ des Sonntagsbierfahrens	915
„ „ Jourdienskes	7 601

An Bezahlung der siebenten Schicht 482
„ Entschädigung für Auswärtswohnen 2 293
„ Vergütung des nicht getrunkenen Freibieres 4 697
„ Lohnzahlung bei militärischen Übungen 4 618
„ „ in Krankheitsfällen 4 621
„ „ bei kleinen Versäumnissen 1 530
„ Urlaub ohne Lohnkürzung 9 928
„ Speisen und Provisionen für Fahrer 980
„ Entschädigungen bei Schmutzarbeiten (Kessellopfen) 235

Die Beteiligung nach Kategorien an der Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

An der Lohnerhöhung nehmen teil:	
Bräuer, Mälzer, Böttcher, Brenner	4 179
Hilfsarbeiter aller Art, Hofarbeiter	2 685
Fahrpersonal	2 648
Maschinenisten, Feiger, Handwerker	1 759
Flaschenkellerarbeiter und andere	1 847
zusammen	12 611

An der Arbeitszeitverkürzung nehmen teil:	
Arbeiter im inneren Betrieb, Werkstätten, Hof	7 416
Fahrpersonal	1 517
Arbeiter im Kessel- und Maschinenhaus	663
zusammen	9 596

Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

Auf die einzelnen Kategorien entfallen auf pro Person und Woche:

	an Lohnerhöhung:
Bräuer, Mälzer, Böttcher, Brenner	2,05 M. (Vorjahr 1,75 M.)
Hilfsarbeiter, Hofarbeiter	2,52 „ „ 1,88 „
Fahrpersonal	2,39 „ „ 2,06 „
Maschinenisten, Feiger, Handwerker	2,89 „ „ 1,76 „
Flaschenkellerarbeiter und andere	1,98 „ „ 1,62 „
Im Durchschnitt	2,32 M. (Vorjahr 1,82 M.)

an Arbeitszeitverkürzung:

Arbeiter im inneren Betrieb, Werkstätten, Hof	2,5 Std. (Vorjahr 3,5 Std.)
Fahrpersonal	6,9 „ „ 5,2 „
Arbeiter im Kessel- und Maschinenhaus	4,2 „ „ 4,8 „
Im Durchschnitt	3,2 Std. (Vorjahr 3,7 Std.)

An Lohnerhöhungen wurde im einzelnen erzielt pro Person und Woche:

	ohne Streik:
für 344 Personen	— 50 M. für 128 Personen . . . 4,50 M.
„ 2318 „	1,— „ „ 165 „ . . . 5,— „
„ 1770 „	1,50 „ „ 166 „ . . . 5,50 „
„ 1845 „	2,— „ „ 19 „ . . . 6,— „
„ 1590 „	2,50 „ „ 4 „ . . . 6,50 „
„ 1448 „	3,— „ „ 61 „ . . . 7,— „
„ 936 „	3,50 „ „ 5 „ . . . 7,50 „
„ 838 „	4,— „ „ 2 „ . . . über 8,— „

mit Streik:

für 2 Personen	— 50 M. für 96 Personen . . . 3,50 M.
„ 47 „	1,— „ „ 73 „ . . . 4,— „
„ 153 „	1,50 „ „ 9 „ . . . 4,50 „
„ 333 „	2,— „ „ 20 „ . . . 5,— „
„ 114 „	2,50 „ „ 104 „ . . . 6,— „
„ 82 „	3,— „ „ „ „ . . . „

An Arbeitszeitverkürzung wurde im einzelnen erzielt pro Woche und Person:

	ohne Streik:
für 4616 Personen	1 1/2 Stunden für 6 Personen 7 1/2 Stunden
„ 2332 „	3 „ „ 679 „ 9 „
„ 665 „	4 1/2 „ „ 232 „ 12 „
„ 488 „	6 „ „ 19 „ über 12 „

mit Streik:

für 404 Personen	1 1/2 Stunden für 7 Personen 7 1/2 Stunden
„ 97 „	3 „ „ 21 „ 9 „
„ 1 „	4 1/2 „ „ 10 „ 12 „
„ 19 „	6 „ „ „ „ „

Im ganzen wurden Lohnerhöhungen erzielt

ohne Streik für 11 650 Personen	26 722 M. pro Woche
durch „ 1 086 „	8 619 „
zusammen für 12 736 Personen	35 341 M. pro Woche

oder 1 577 732 Mark pro Jahr.

Im ganzen wurde die Arbeitszeit verkürzt

ohne Streik für 9087 Personen	28 791 Std. pro Woche
mit „ 559 „	1 376 „
Zusammen für 9646 Personen	30 167 Std. pro Woche

oder 1 568 684 Stunden pro Jahr.

Die sonstigen Erfolge.

Uebersunden.

Ohne Streik: Neubezahlung der Uebersunden von 30 bis 65 Pf. für 576 Personen; Erhöhung der bisherigen Sätze um 5 bis 30 Pf. für 8971 Personen.

Durch Streik: Neubezahlung von 50 Pf. für 14 Personen; Erhöhung um 5 bis 25 Pf. für 542 Personen.

Sonntagsarbeit.
Ohne Streik: Neubezahlung mit 30 bis 70 Pf. pro Stunde für 3241 Personen; Erhöhung der bisherigen Sätze um 5 bis 25 Pf. für 6519 Personen.

Kampfpunkt. So wird in den Versammlungen des Deutschen Technikerverbandes von den Mitgliedern der technischen Angestellten erklärt, daß ihre gewerkschaftliche Politik nur die Kampfpolitik sein könne, da die friedliche Verständigung mit dem Arbeitgeber unmöglich sei. Also Klassenkampf in regelrechter Form. Das ist wieder einmal eine glänzende Bestätigung der Wichtigkeit des Satzes, daß die schriftlich überlieferte Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Aber der Gang der Entwicklung ist keineswegs abgeschlossen. Wir stehen eigentlich erst am Anfang größerer wirtschaftlicher und politischer Kämpfe. Diese werden die Arbeiterschaft von der Notwendigkeit eines immer engeren Zusammenflusses überzeugen und auch die christlichen Arbeiter in das Lager der freien Gewerkschaften führen. Und schließlich werden die „christlich-nationalen“ Arbeiter erkennen, daß zur Erlösung der Menschheit aus Sneedtshaft und Not die Vergewaltigung des Privateigentums an Produktionsmitteln unumgänglich notwendig ist.

Der preußische Wahlrechtsentwurf im Herrenhause.

Der zweite Akt der preußischen Wahlrechtskomödie hat begonnen. Am 15. April hat das Herrenhaus die Beratung des Entwurfs aufgenommen und den letzteren nach am gleichen Tage an eine Kommission verwiesen, die auch schon die erste Lesung beendet hat. Sichtlich dürften die Herrenhausberatungen wenig Interesse bieten, denn an weitgehende Änderungen des vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Entwurfs war nach der ganzen Konstellation der Verhältnisse sowieso nicht zu denken, und in der Tat ist denn auch nichts Wesentliches geändert worden.

Es ist lediglich der Ton dieser Verhandlungen, der uns einiges Interesse abtut. Im Herrenhause sitzen keine Erwählten des Volkes, sondern nur Leute, die als Mitglieder dieses erlauchten Hauses geboren oder durch die Gnade ihres Königs dazu berufen wurden. Das Raufhaus des großen Stromes der Volksbewegung dringt wenig in diese Räume hinein. Die meisten dieser alten Herren, die hier ihren Ruheplatz haben, verstehen die moderne Welt nicht mehr. Der 83jährige General v. Wartensleben, der mit tiefem Schmerz seiner Empörung darüber Ausdruck gab, daß irreführende Preußen mit Marcellaifolge durch die Straßen ziehen, um „unerfüllbare Forderungen“ zu erzwingen, — ist ein Typ jener Gesellschaft, die einer Petrefaktenammlung zur Zierde gereichen könnte. Die „unerfüllbaren Forderungen“, über die der alte Herr sich entsetzt, sind die Befreiung des aus dem Jahre 1849 stammenden Dreiklassenwahlrechts und die Einführung des seit 1867 im Deutschen Reich herrschenden allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen. Wenn diese Forderungen unerfüllbar sein sollen, besonders wegen der Art, in der sie vorgebracht werden, so ist es die Schuld der preußischen Gesetzgeber selbst, die dem Volke einen anderen Weg, seine Forderungen als dringliche geltend zu machen, gar nicht offen liegen. Die Mundtotmachung der sozialdemokratischen Abgeordneten im preußischen Landtag, die jetzt ihren Gipfelpunkt in der Aenderung der Geschäftsordnung und in der gewaltigen Entfernung mißliebiger Volksvertreter durch den Schußmann erreichen soll, zeigt zur Genüge, was das preußische Volk, wenn es nur auf das Parlament hoffen wollte, zu erwarten hätte. Und überdies wollte gerade das Herrenhaus dem Volk die Tür der Gesetzgebung noch die Ätger verriegeln durch den Beschluß, daß weitere Wahlrechtsänderungen zu ihrer Legitimität einer Zweidrittelmehrheit sowohl im Abgeordneten- als auch im Herrenhause bedürften. Es war ja kaum zu erwarten, daß das Abgeordnetenhaus sich diesen trüben Einfall der Herrenhäuser zu eigen machte, — schon das Zentrum könnte ihm nicht folgen, ohne politischen Selbstmord zu üben. Aber wenn der Wille der Edelsten Gesetz würde, dann wäre für die Zukunft jede parlamentarische Reform des preußischen Wahlrechts überhaupt verbarriadiert, denn 180 Reaktionen finden sich noch stets im Landtage, um eine solche zu verhindern. Dann bliebe dem preußischen Volke, das eben durch das Wahlrecht der Möglichkeit beraubt ist, seinen Forderungen einen gesetzlich legalen Einfluß zu verschaffen, nur noch der Weg gewalttätiger Selbstbefreiung, für welche diejenigen die Verantwortung tragen, die eine parlamentarische Fortentwicklung des Wahlrechts unmöglich machen.

Aus den Reden der übrigen Herrenhäuser Klang die völlige Kopflosgigkeit der alten Herren heraus, die sich vor die folgenschwere Verantwortung gestellt haben, ein Gesetz zu beschließen, das niemand befreit. Am liebsten hätten die Herren jede Wahlrechtsreform abgelehnt, und mehr als einer verriet deutlich genug seinen Verger darob, daß die Regierung durch das Versprechen der Krone gebunden sei. Erzwungen wurde ihre Situation durch die Angst der Regierung, die Nationalliberalen vor den Kopf zu stoßen. Herr v. Bethmann Hollweg weiß nur zu gut, daß das Nachwerk des blauschwarzen Wlods keine Ruhe im Lande zu schaffen vermag; er wünscht in die Vorlage einige Bestimmungen aufgenommen zu sehen, die den Wünschen der Nationalliberalen mehr entgegenkommen; so hinsichtlich der Drittelung der ganzen Gemeinden anstatt der Urwahlbezirke und der Emporhebung gewisser Kulturträger in höhere Wahlkreise.

Das erstere ist den Herrenhäusern zwar durchaus sympathisch; bedeutet es doch die Ausstößung minderbemittelter Wähler aus höheren Wählerklassen, also einen Schritt zum reinen plutokratischen Wahlrecht. Aber eifersüchtig wacht der schwarze Wlodbreder der Konserverativen darüber, daß an dieser besten Stütze seines politischen Bestandes nicht gerüttelt wird. Was die Drittelung der Urwahlbezirke gerade für das Zentrum bedeutet, das zeigt eine Darlegung des Landrats a. D. v. Demich im „Tag“, wonach in Preußen nach der Gemeindegliederung auf die 1. Abteilung 0,75 Proz., auf die 2. Abteilung 5,22 Proz. und auf die 3. Abteilung 94,03 Proz. der Wähler entfallen würden. Die Drittelung nach Urwahlbezirken bringt dagegen der 1. Abteilung 2,67 Proz., der 2. Abteilung 12,08 Proz. und der 3. Abteilung 85,25 Proz. Mehrfach liegt das Verhältnis in Köln, wo die drei Abteilungen nach Gemeindegliederung 0,41 Proz., 3,90 Proz. und 95,69 Proz. erhalten würden; nach Urwahlbezirken geteilt aber 2,37 Proz., 11,20 Proz. und 86,43 Proz. umfassen. Es sind also in Preußen 8,78 Proz. in Köln 9,26 Proz. der Wähler 3. Klasse dank der Urwahlbezirkteilerung in höhere Wählerklassen aufgerückt. Das Zentrum, das die Drittelung nach Urwahlbezirken erst 1893 glücklich durchgesetzt hatte, hält durchaus an dieser Grundfrage seines politischen Einflusses fest, und die Junker, die dem Zentrum die Rettung der indirekten Wahl zu verdanken haben, wollen es nicht mit ihren Bundesgenossen verderben.

Weniger Neigung empfindet man im Herrenhause für die sogenannten Kulturträger, die ob irgendwelcher Verdienste in die Klasse der bevorrechteten Staatsbürger aufgenommen werden sollen. Alles, was nicht mit Sporen geboren ist, gilt in diesen Kreisen sowieso nicht als heilig, und „geistige Proletariat“ als ihresgleichen zu betrachten, widerstrebt erst recht ihrem Empfinden. Deshalb war für solche liberale Wünsche ein größeres Verständnis im Herrenhause noch weniger zu erwarten.

Die Regierung legt großen Wert darauf, auch die Nationalliberalen und Freikonserverativen für das Landtagsprodukt zu gewinnen, aber ohne ernsthafte Verehrung des schwarzblassen Wlods erscheint das kaum möglich. Bereits droht das leitende Zentrumsorgan, die „Germania“, mit den Konsequenzen. Sie fragt unwirksam, warum die konserverativ-liberale Grundfrage, die noch für die Reichsfinanzreform der Regierung ausreichend erschien, in der Wahlrechtsfrage auf einmal so schmal empfunden werde, und die „Köln. Volkszeitung“ fragt höhnisch, ob und um wieviel die Grundfrage etwa vertrittet werde, wenn das Zentrum sich gegen die Vorlage erklärt?

Die Kommission des Herrenhauses hat in erster Lesung die Kulturträgerparagrafen abgelehnt, in der Drittelungsfrage aber eine Fassung beschlossen, die weder die Nationalliberalen, noch die Freikonserverativen befriedigt. In Orten von 10 000—20 000 Einwohnern sollen die Drittelungsbezirke auf 1749 bis 3499, in Orten über 20 000 Einwohnern auf 3499 bis 6249 Personen bemessen werden. Endlich wurde die Magimierung der Steuerleistung, die das Abgeordnetenhaus für Gemeinden über 20 000 Einwohner auf 10 000 M., für kleinere Gemeinden auf 5000 M. festgesetzt hatte, auf 6000 bzw. 3000 M. ermäßigt. In der zweiten Lesung hat die Kommission aber doch noch den Kulturträgerparagrafen apporriert, wonach Mitglieder des Reichstages, des preußischen Landtages, sowie Mitglieder eines Provinzialrates, Provinzialausschusses, Landes-, Bezirks-, Kreis- oder Stadtausschusses, einer Handels-, Landwirtschafts-, Gewerks- oder Arbeitskammer, ferner Handelsrichter, Preisdeputierte, Mitglieder eines Magistrats oder unbesoldete Beigeordnete eines Stadtkreises der nächsthöheren Wählerklasse zugewiesen werden. Auch der Drittelungsbeschluss wurde etwas abgeändert, um ihn dem Zentrum genehmer zu machen. Die Drittelung soll unterbleiben für Gemeinden unter 5000 Einwohner; in größeren Gemeinden sollen die Drittelungsbezirke nicht weniger als 1749 und nicht mehr als 5000 Einwohner umfassen. Der weitere Kommissionsbeschluss, den wir bereits erwähnten, jeh künftige Wahlrechtsreform von einer Zweidrittelmehrheit sowohl des Abgeordneten- als auch des Herrenhauses abhängig zu machen, mußte die Vorlage direkt gefährden, denn er war für alle Parteien, die sich nicht gebunden in die Hände der Konserverativen geben wollen, unannehmbar. Die Konserverativen könnten dann ganz allein das Abgeordnetenhaus terrorisieren; sie bräuchten in Wahlrechtsfragen auf die übrigen Parteien keinerlei Rücksicht zu nehmen, und weder das Zentrum noch die Nationalliberalen werden geneigt sein, den Junkern eine solche dauernd befestigte Stellung einzuräumen. Selbst Herr v. Bethmann Hollweg hat sich mit Entschiedenheit gegen diesen Beschluß erklärt, der sein Wahlreformschiff direkt auf die Klippen führen muß. Die Herrenhauskommission hat diesen Beschluß in der zweiten Lesung wieder fallen lassen.

Wie sich das Herrenhaus selbst zu diesen Kommissionsbeschlüssen verhalten wird, bleibt vorerst abzuwarten. Uns kann freilich nichts erwünschter sein, als wenn der Wahlrechtserrat des schwarzblauen Wlods an den Felsen des Herrenhauses elend zugrunde geht. In dieser Vorlage hat die preußische Arbeiterschaft wirklich nichts verloren, und da ist es füglich gleichgültig, wer ihr den Gnadestof gibt. Den Triumph, das Nachwerk des schwarzblauen Wlods abzuschlachten, können wir den „Edelsten der Nation“ von Herzen. Dann wird die Bahn frei für eine wirkliche Wahlreform, die besser als die vorliegende den Bedürfnissen der Zeit entspricht.

Denn die preußische Krone ist ihres feierlichen Versprechens noch lange nicht ledig, wenn die Wahlreform nicht nach den Wünschen des schwarzblauen Wlods zustande kommt. Und die preußische Wahlrechtsbewegung wird ebensowenig verschwinden, wenn der gegenwärtige Zustand der Entrechtung von sieben Achtel der wahlfähigen Bevölkerung fortdauert. Im Gegenteil, je klarer sich die Unmöglichkeit herausstellt, mit diesem Landtag ein modernes Wahlgesetz zu schaffen, desto energischer wird die preußische Bevölkerung darauf dringen, daß dieser Landtag aufgelöst wird, und daß die Neuwahlen lediglich unter der Parole der Wahlreform stattfinden. Die Massenemonstrationen haben der Regierung zur Genüge bewiesen, wie ernst es den Volksmassen mit der Forderung eines freireichlichen Wahlrechts ist. Diese Bewegung wird nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern sich Durchbruch verschaffen trotz allen Widerstandes der Reaktion. Die kritische Stunde der Wahlrechtsfrage ist da. Bald muß es sich entscheiden, ob das alte Dreiklassenwahlrecht mit einigen Modifikationen konvertiert und damit die Forderungen auf ein gerechtes Wahlsystem auf lange Zeit hinaus begrabt werden sollen, oder ob es dem preußischen Volke gelingen wird, sich das seinen Bedürfnissen und Forderungen entsprechende Wahlrecht zu erzwingen. In dieser Stunde muß jeder an seinem Platze sein, wenn die Pflicht des Wahlrechtsstempels ihn ruft. Kein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter darf sich der Pflicht der politischen Organisation entziehen, um mit seinen Klassenossen für ein freies Wahlrecht zu wirken! Wenn die Millionen, die in Straßendemonstrationen den Wahlrechtskampf unterstützen, sich während in die politische Organisation des Proletariats einfügen, dann wird auch die preußische Regierung erkennen, mit welchem gewaltigen Machtfaktor sie den weiteren Kampf zu führen hat. Sie wird diese Macht fühlen und fürchten lernen. Und wenn sie heute noch glaubt, die dringlichen Forderungen des Volkes ignorieren zu können, — den organisierten Millionen gegenüber wird sie bald inne werden, daß ihr Widerstand vergeblich ist.

Berichtigung zur Delegiertenwahl zum Verbandstag.

Am 19. Wahlkreis hatte die Zahlstelle D e l s n i k nachträglich das Wahlergebnis eingefandt. Die dort abgegebenen Stimmen sind bereits in dem Gesamtergebnis enthalten.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Seit dem 15. April sind die Arbeiter der baugewerblichen Organisationen ausgesperrt, weil sie die Annahme eines Vertragsmusters ablehnten, das ihren gewerkschaftlichen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen schmälerte. Es ist der größte Kampf, der zwischen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter in Deutschland jemals ausgetragen wurde, und schon die Rücksichtnahme auf den großen Umfang und die Schwere dieses Kampfes erheischt es, die notwendige Unterstützungssaktion ohne Verzug einzuleiten.

Der Außerordentliche (VII.) Gewerkschaftskongress zu Berlin hat am 25. April folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Außerordentliche Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Berlin spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus. Das von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeben weiteren Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden müßte. Die Zurückweisung dieser Bestimmungen erfordert das Selbstbehaltungsinteresse der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beabsichtigte Vergewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter. Der Außerordentliche Gewerkschaftskongress fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutschlands auf, den Aussperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen.“

In Ausführung dieses Beschlusses ersuchen wir die organisierte deutsche Arbeiterschaft, sich nach Kräften an diesen Sammlungen für die ausgesperrten Arbeiter im Baugewerbe zu beteiligen.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftsstellvertreter ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen zu diesen Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftsstellvertreter werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu organisieren. Sammelstellen werden von der Generalkommission nicht bezafndt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftsstellvertretern beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Bauarbeiter aufzubringenden Gelder nur an die Generalkommission aufzuführen. Für die Adressierung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7990, Hermann Rube, Postfachamt Berlin, oder direkt an Hermann Rube, Berlin S.O. 16, Engelufer 15. Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einwendung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle

Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers, ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftsstellvertreter Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgebucht und auf deren nicht weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgebaut wird. Zahlkarten mit dem darauf verzeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einsenden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftsstellvertreteramt abgeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftsstellvertreteramt an Ort auszufändigen zu lassen.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zu gestellt.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugun ist ferngehalten nach Biebrich a. Rh., Marktredwitz, Freiburg i. Br., Niesel b. Freiburg, Bruchsal (Malzfabrik), Warhanen b. Wiberach (Malzfabrik) und Murnau in Bayern (Brauereien) und Breslau (Malzfabrik).

Brauereien.

† Frankfurt a. M. Eine überfüllte Versammlung der Brauereiarbeiter am 21. April nahm Stellung zur Lohnbewegung. Seit dem 28. Dezember v. J., wo der Tarif förmlich wurde, bis zu Ende März haben die Brauereien durch ihren Syndikus die Arbeiterschaft hinausgezogen. Ganz zu Ende des ersten Quartals kam endlich die Einladung zu einer Sitzung. Hierzu waren auf die Christlichen, die nur ein paar Mitglieder haben, und der Bund, der von den Unternehmern abhängig ist, erschienen. Dagegen wandten sich die Vertreter der freien Organisation, ebenso dagegen, daß nur der Syndikus allein die Verhandlungen führen wolle. Die Kommission bestand darauf, daß Vertreter der Brauereien zu den Verhandlungen zugezogen werden. Die Unternehmer wollen die Christlichen und die Bundesgegellen bei den Verhandlungen nicht ausschließen. Der Verband der Brauereien berwie in der Begründung seines Standpunktes auf andere Organisationen, wo die gegnerischen Vertreter zugelassen sind. Die Lohnkommission des Verbandes und auch die Kommission des Kartells hat dieses Ansinnen abgelehnt, da mit notorischen Feinden der Arbeiterschaft kein Hand-in-Hand-arbeiten möglich sei.

Kollege Laut, der über die bisher geflogenen Verhandlungen berichtete, erklärte, daß die organisierten Brauereiarbeiter nichts dagegen haben, wenn diese beiden in Betracht kommenden Korporationen mit den Brauereiarbeitern Ertarverträge abschließen; von einem gemeinsamen Verhandeln könne keine Rede sein. Die Brauereien haben zu dieser Sachlage mit einem Aufgebau geantwortet und beschlossen, nur gemeinsam mit dem Bund und den Christlichen in die Verhandlungen einzutreten. Auch haben die Unternehmer einen Tarif als Gegenstück zu dem vom Brauereiarbeiterverband eingereichten vorgelegt, dessen Inhalt die Versammlung recht erheiterte. Danach soll alles beim alten bleiben. Der Hauptpunkt soll in Zukunft in bar auszubezahlt werden, und die Arbeiter sollen sich das Bier kaufen. Die Anfangslöhne sind, mit Berücksichtigung dieses Umstandes, genau so festgesetzt, wie sie am 1. April 1905 gestanden haben. Wer sieben Jahre beschäftigt ist, erhält nach diesem Mustertarif eine Lohnerhöhung von 25 Pf. Die sogenannten „Schmierpausen“ sollen abgeschafft und eine Reihe anderer Bestimmungen direkt verschlechtert werden. Zugeländnisse sind also nirgends gemacht worden und wird dieser Tarif als Basis für Verhandlungen wohl kaum in Betracht kommen. Für besonders wichtig hält Laut, daß sich die Versammlung über die Stellung zu den Christlichen und den Bundesgegellen hat wird.

In der Diskussion bemerkt Kollege Wittich, daß die Brauereiarbeiter nicht grundsätzlich Gegner der Beteiligung anderer Korporationen an den Verhandlungen sind. Es kommt nur darauf an, wer diese Gegner sind. Und da müsse gesagt werden: die Bundesgegellen sind nicht als ernsthafte Kontrahenten zu betrachten, und die Christlichen kommen in der Zahl ihrer Mitglieder gar nicht in Betracht. Mit diesen beiden Scheinorganisationen solle nur Gimpelgang getrieben werden. Der Hinweis auf die Anwesenheit sei verfehrt. Der Verband müsse aus Gründen der Reinlichkeit gegen ein gemeinschaftliches Verhandeln Einspruch erheben. Nach dem Abschluß eines Tarifes wollen sich diese Gegner doch nur mit fremdem Lorbeer schmücken. Zu dem eingearbeiteten Tarif der Brauereien bemerkt Wittich, daß man darüber nicht diskutieren brauche. Jedemfalls können die Großbrauereien das selbe leisten, was die kleinen bereits zugesagt haben. Der Boykott des Demokratischen Vereins gegen die Löwenbrauerei, der von 85 Mann gefaßt worden ist, erregte bei der Versammlung viel Heiterkeit, um so mehr, als festgesetzt wurde, daß er ganz wirkungslos ist. Eine Reihe der verschiedensten Redner wandte sich gegen die Gemeinschaft mit den Bundesgegellen und den Christlichen. An zahlreichen Beispielen wurde die Unzuverlässigkeit dieser Leute demonstriert. Besonders betonte Wittich noch, daß die neugegründete fortschrittliche Volkspartei den Bund, also eine gelbe Organisation, die aus dem christlichen Kartell ausgeschloffen worden ist, unter ihre Fittiche genommen hat. Das müßte in der Öffentlichkeit festgesetzt werden, damit man sehe, wohin die Fahrt geht. Kollege Messerfinger, der früher Leiter der christlichen Organisation war, sprach in längeren Ausführungen ebenfalls im Sinne der meisten Diskussionsredner und meint, man sollte der „Form“ wegen einen Vertreter zulassen. Die Diskussion zog sich sehr lange hinaus, jedoch traten solche Kollegen, die das Verhalten der Kommission mißbilligten, nicht auf. Die Abstimmung ergab denn schließlich auch Einstimmigkeit für die Beibehaltung der bisher beobachteten Taktik.

† Garbelegen. „Recht traurige Zustände herrschen hier noch in den beiden Brauereien. Löhne von 16 M. werden bei einer Arbeitszeit von 11—12 Stunden gezahlt. Als vor zwei Jahren die Kollegen sich organisierten und eine Bewegung eingeleitet wurde, zwang man sie, wieder aus der Organisation auszutreten und gab ihnen 1 M. Zulage. Einige Kollegen blieben trotzdem der Organisation treu. Jetzt haben die Kollegen vom Bürgerlichen Brauhaus sich alle organisiert; sie haben eingesehen, daß nur durch die Organisation etwas zu erreichen ist. In einigen Besprechungen in Anwesenheit des Bezirksleiters wurde selbstverständlich darüber gesprochen, daß man dieses Jahr ersichtlich daran gehen müsse, um die Verhältnisse einigermassen zu verbessern. Für Sonnabend, den 22. April, wurde wieder eine Versammlung anberaumt, um über die einzureichenden Forderungen zu sprechen, woran auch der Bezirksleiter teilnahm. Die Vorgänge blieben in dem reaktionären v. Kröcher'schen Garbelegen, wo die Arbeiterbewegung von allen Seiten beobachtet wird, nicht geheim und erfuhr auch die Brauereileitung davon. Bei der Lohnzahlung am 22. April erhielt jeder Kollege 2—3 M. Zulage. Am Abend in der Versammlung wurde den Ausführungen des Bezirksleiters zugestimmt, daß diese Maßnahme nur der Organisation zu danken sei; wären wir heute nicht als organisierte Kollegen zusammengekommen, um über unsere Verhältnisse und deren Besserung zu sprechen, so wäre diese Zulage nicht erfolgt. Allgemein wurde betont, daß wir bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen trotzdem damit nicht zufrieden sein können und uns weitere Schritte vorbehalten.

An den Kollegen liegt es, das bisher Errungene nicht nur zu erhalten, sondern den Kollegen in anderen Orten nachzuweisen, speziell denen der Altmark. Das kann aber nur erreicht werden, wenn alle Kollegen fest und treu zur Organisation stehen und die

